



Haushalts- und Finanzausschuss

77. Sitzung (öffentlich)

26. September 2008

Rathaus der Stadt Bocholt
Berliner Platz 1, 46395 Bocholt

9:30 Uhr bis 10:50 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen, Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Gespräch mit dem Bürgermeister der Stadt Bocholt, Herrn Peter Nebelo, und dem Kämmerer der Stadt Bocholt, Herrn Jürgen Elmer, zum Thema „Kooperation im kreisangehörigen Raum“ | 3 |
| | – Bericht von Jürgen Elmer (Kämmerer der Stadt Bocholt) | 3 |
| | – Bericht von Werner Haßenkamp (Kreisdirektor des Kreises Borken) | 6 |
| | – Aussprache | 9 |

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)** 11
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000
- Einzelplan 12: Finanzministerium**
- Erläuterungsband Vorlage 14/1969
- Bericht von StS Angelika Marienfeld (FM) 11
 - Aussprache 15
- 3 Freiheit und Verantwortung sind keine Gegensätze
– Landesregierung muss Landtag über Personalentwicklung und Wahrnehmung der Lehrverpflichtungen an unseren Hochschulen informieren –** 20
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6948
- Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Fraktion der Grünen, den **Antrag Drucksache 14/6948 abzulehnen.**
- 4 Verschiedenes** 22

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

Einzelplan 12: Finanzministerium

Erläuterungsband Vorlage 14/1969

StS Angelika Marienfeld (FM) gibt folgenden Einführungsbericht:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich gebe zunächst einen allgemeinen Überblick über den Einzelplan 12 und gehe dann noch auf einige Dinge gesondert ein.

Wie immer behält der Einzelplan 12 seine Struktur als Verwaltungshaushalt. Im Einzelplan 12 sind Einnahmen in Höhe von 735,8 Millionen € und Ausgaben in Höhe von 1.854 Millionen € veranschlagt. Gegenüber dem Haushalt des Vorjahres sinken die Einnahmen um rund 5,1 %, und die Ausgaben steigen um 4,2 %. Der Rückgang der Einnahmen basiert insbesondere auf den geringeren Finanzierungsanstaltungen, die der BLB aufgrund der vorgenommenen Darlehenstilgung an das Land im kommenden Haushaltsjahr zu leisten hat.

Maßgeblich für die Erhöhung des Ausgabevolumens sind einmal die gestiegenen Personalausgaben – das sind plus 4,5 % –, dann die sächlichen Verwaltungsausgaben mit plus 2,8 % sowie die Ausgaben für Investitionen mit plus 6,92 %. Teilweise werden die Mehrbedarfe durch Kürzungen bei den Zuwendungen und durch eine bei den besonderen Finanzierungsausgaben ausgebrachte Minderausgabe kompensiert.

Die einzelnen Ausgabenbereiche haben sich wie folgt entwickelt: Die Personalausgaben steigen um 67,9 Millionen € auf insgesamt 1,53 Milliarden €. Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben des Einzelplans erhöht sich damit geringfügig gegenüber dem Vorjahr von 82,1 auf jetzt 82,4 %.

Die Ansätze bei den sächlichen Verwaltungsausgaben werden um 6,6 Millionen € auf 243,6 Millionen € erhöht. Diese Erhöhungen basieren insbesondere auf dem gestiegenen Bedarf im IT-Bereich – das sind unter anderem Lizenzgebühren, Entwicklungs- und Betreuungskosten im Zuge der Entwicklungsvorhaben EPOS und „Neue-Bezüge-Verfahren“ –, der Indexierung von Mieten und Pachten an den BLB sowie der Veranschlagung von Miet- und Bewirtschaftungsmitteln für die aus dem Einzelplan 11 in den Einzelplan 12 verlagerte Anmietung des ehemaligen Versorgungsamtes in Düsseldorf.

Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke werden um rund 1,3 Millionen € auf 7,9 Millionen € gesenkt. Die Investitionsaufgaben steigen um 4,8 Millionen € auf 74,5 Millionen €. Ursächlich für die Steigerung sind – wie schon gesagt – die gestiegenen Investitionen im IT-Bereich der Steuerverwaltung und

des Landesamtes für Besoldung und Versorgung sowie für die Einführung des Projektes EPOS.

Der Stellenbestand sinkt im kommenden Jahr um insgesamt 1.185 auf 28.653 Stellen. Der Stellenrückgang ist das Ergebnis des vollzogenen Stellenabbaus durch die kw-Realisierungen; das sind 1.705, davon 1.226 im Rahmen des PEM. Stellenzugänge haben wir aufgrund von Stellenumsetzungen. Das sind 520, davon sind 515 im Rahmen des PEM aus anderen Einzelplänen zu uns gekommen.

Das sind die Eckdaten.

Ich möchte jetzt noch fünf Themen ansprechen, die vielleicht von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Das erste Thema ist die Leistungsfähigkeit unserer Steuerverwaltung. Wir haben durch die Anreizsysteme des Landesamtes für Personaleinsatzmanagement einen beschleunigten Abbau von kw-Vermerken. Das führte zum Ausscheiden von Personen aus der Verwaltung, aber nicht zu einem Produktionsverlust. Zum einen wird der Produktivitätsgewinn, der sich aufgrund der Arbeitszeitverlängerung im Beamten- und Tarifbereich ergeben hat, haushaltstechnisch erfolgsneutral abgeschöpft. Zum anderen ist es natürlich so, dass auch eingetretene Synergieeffekte realisiert werden.

Für die Aufgabenerledigung steht der Steuerverwaltung trotz dieses Stellenabbaus weiterhin eine ausreichende Personal- und Stellenausstattung zur Verfügung, und die Leistungsfähigkeit kann damit auch sichergestellt werden. Dabei verkennen wir nicht, dass die Beschäftigten und unter Umständen auch die Interessenvertretungen diese Sichtweise im Grunde doch etwas anders einschätzen und dass man die Arbeitsbelastungen subjektiv oftmals anders wahrnimmt. Wir haben aber auch eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die wir verwaltungsseitig eingesetzt haben, um dem entgegenzuwirken.

Wir haben schon mehrfach darüber geredet, dass wir, um Einbußen der Arbeitsqualität und der Leistungsfähigkeit zu vermeiden, eine Reihe von organisatorischen Vorkehrungen getroffen haben wie zum Beispiel den weiterhin effizienten Einsatz von Risikomanagementsystemen. Die Finanzämter, insbesondere die Veranlagungsstellen, arbeiten seit mehreren Jahren damit. Dabei steht den Dienststellen für den Bereich der Arbeitnehmerfälle eine ganz moderne und wirkungsvolle IT-Unterstützung zur Verfügung. Auch die verfügbaren IT-Leistungen für das Risikomanagement bei Fällen mit Gewinneinkünften haben bundesweit wohl Vorrang und suchen da ihresgleichen.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Unterstützung, für die wir seit dem Jahre 2002 über 420 Millionen investiert haben, ist das Risikomanagement auf allen Ebenen der Steuerverwaltung und seitens der Rechnungshöfe auch als Instrument zur Qualitätssteigerung anerkannt. Das wird in den nächsten Jahren auf andere Bereiche ausgeweitet werden. Wir arbeiten daran und sind auch im Gespräch mit unseren Interessenvertretungen.

Zum zweiten Thema: die Finanzamtsfusionen. Im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform ist es gemeinsames politisches Ziel der Landesregierung, die Zahl der Verwaltungseinheiten im Land zu reduzieren. Damit das für den Bereich der Steuerverwaltung in einer sinnvollen und sachgerechten Weise geschieht, wird seit Jahren die vorhandene Behördenstruktur auf Straffung und Optimierungsmöglichkeiten hin untersucht. Diese Untersuchungsergebnisse stellen die Grundlage für die Entwicklung des ressortspezifischen Konzepts zur Unterstützung des Vorhabens der Landesregierung dar.

Die Aufgaben der Funktionsfinanzämter im Bereich der Steuerfahndung und Strafsachen sind bereits an zehn Standorten im Land gebündelt. In 2001 wurden die Aufgaben der Konzern-, Großbetriebs- und landwirtschaftlichen Prüfungsämter von bisher 26 auf nur noch insgesamt 25 Ämter für Groß- und Konzernbetriebsprüfungen reduziert. 2006 – das haben wir alle noch in guter Erinnerung – wurden die OFD-Standorte in Düsseldorf und Köln zur Oberfinanzdirektion Rheinland in Köln zusammengeführt. Die Anzahl der Festsetzungsfinanzämter wurde seit 2006 von 112 auf 108 reduziert durch die Zusammenfassung der drei Festsetzungsfinanzämter in Aachen und Essen zu jeweils zwei Ämtern, durch die Fusion der Festsetzungsfinanzämter Marl und Gladbeck und die Fusion von zwei Festsetzungsfinanzämtern in Herne. Andere Fusionen sind derzeit noch in der Prüfung.

Noch einmal zum BLB: Die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vorgenommene Optimierung und Neustrukturierung des BLB wird fortgesetzt. Die Anzahl der Niederlassungen sind in 2008 von zwölf auf zunächst acht reduziert worden. Die Niederlassungen in Bonn, Detmold, Krefeld und Recklinghausen wurden aufgelöst. Das Personal und die Aufgaben dieser aufgelösten Niederlassungen gehen jetzt sukzessive auf die benachbarten Niederlassungen über.

Darüber hinaus hatten wir auch ein auf der Basis der Personal- und Stellenverhältnisse zum 31.12.2005 erstelltes Gutachten, das mittelfristig bis Ende 2011 ein zu realisierendes Einsparpotenzial von 526 Stellen festgestellt hat. Bei der Berechnung dieses Einsparpotenzials wurde neben dem zukünftigen Bauvolumen auch die Verlängerung der Arbeitszeit sowohl im Beamten- als auch im Tarifbereich berücksichtigt. Daher wurden im Haushalt 2008 neben den vorhandenen kw-Vermerken noch 276 zusätzliche kw-Vermerke zum 31.12.2011 ausgebracht. Der BLB ist da auf einem guten Weg und schafft es wirklich, seine Personalaufwendungen entsprechend zu reduzieren. Von den ursprünglich 526 kw-Vermerken sind im Haushaltsplan 2009 noch 127 vorhanden. Der BLB strebt an, diese kw-Vermerke nach Möglichkeit auch vorzeitig zu realisieren.

Noch einmal zum Projekt EPOS als viertem Punkt: Die Landesregierung hat mit der Kabinettentscheidung vom Juni 2006 die Grundlagen für eine Reform des Haushalts- und Rechnungswesens in Nordrhein-Westfalen gelegt. Diese Reform wird durch dieses Landesprojekt EPOS beschritten. Kern dieser Reform ist die Einführung einer integrierten Verbundrechnung bestehend aus den Komponenten „doppelte Buchführung“, „Kosten- und Leistungsrechnung“ und „Finanzrechnung“. Derzeit läuft das Vergabeverfahren, um zum Jahreswechsel 2008/09 ein Stan-

ard-IT-System der integrierten Verbundrechnung zu erwerben. Die hierzu vorliegenden Angebote werden derzeit noch verhandelt.

Die bisherigen Angebote haben im Kontext der Haushaltsverhandlungen 2009 den Blick noch einmal auf die haushaltspolitischen Ziele der Landesregierung gelenkt. Dabei steht die Haushaltskonsolidierung mit dem stetigen Abbau der Nettoneuverschuldung klar im Mittelpunkt. Um dies weiter im Blick zu behalten, haben wir das weitere Vorgehen auf den Prüfstand gestellt und uns nach eingehender Prüfung entschlossen, an der Beschaffung einer Standardsoftware festzuhalten. Sie soll den Kernbestand der Kernbereiche der neuen Steuerung und des geplanten neuen Rechnungswesens abdecken. Auf einige Systemkomponenten und Leistungen wollen wir zunächst verzichten. Die Realisierung der Kernbereiche „Bilanzierung“ und „Produkthaushaltsumstellung“ haben wir auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Damit können wir die Projektumsetzung mit dem politischen Ziel der Haushaltskonsolidierung in Einklang bringen. Ich glaube, darüber haben wir auch in der anderen Arbeitsgruppe mehrfach im Detail gesprochen, sodass ich es bei diesen Bemerkungen belassen will.

Zum Schluss noch kurz etwas zum Personaleinsatzmanagement: Mit den Vereinbarungen für das Jahr 2008 haben sich die Ressorts zum Abbau von mehr als 3.300 kw-Vermerken im Jahre 2008 verpflichtet. Mit diesen Vereinbarungen wurde den Ressorts eben die Möglichkeit eingeräumt, den vorgesehenen Stellenabbau auch durch die Gewährung von Anreizsystemen zu verwirklichen. Der von der Landesregierung für 2008 angestrebte vorzeitige kw-Abbau wird auch aus heutiger Sicht erfüllt werden. Die Anreizgewährung ist planmäßig bereits Anfang dieses Jahres nahezu vollständig abgeschlossen worden.

Im Haushaltsjahr 2009 wird das Personaleinsatzmanagement in eine zweite Umsetzungsphase eintreten. Zurzeit ist es so, dass wir mit allen Ressorts Vereinbarungen für den Haushalt 2009 verhandeln. Inhalt dieser Vereinbarung soll einmal der Abbau weiterer kw-Vermerke sein, insbesondere auch die Übernahme der Beschäftigten aus dem PEM in die Ressorts. Die Gewährung von Anreizen durch die Ressorts ist aber nicht mehr vorgesehen. Die Anreize bleiben dem Landesamt für Personalmanagement jetzt lediglich in geringem Umfang vorbehalten, wenn es reagieren muss.

Die Übernahme der Beschäftigten durch die Ressorts ist ein Aspekt, an dem aus unserer Sicht der Erfolg für das PEM gemessen werden wird; denn aus der Sicht des betroffenen Beschäftigten ist der Erfolg ja erst dann eingetreten, wenn er dauerhaft auf eine Stelle vermittelt worden ist. Neben anderen Maßnahmen stellt die Übernahme durch die Ressorts auch sicher, dass der Abbau von 12.000 kw-Vermerken als erklärtes Ziel der Landesregierung innerhalb der Legislaturperiode bis Ende 2009 erreicht werden wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen Punkt hervorheben. Das Landesamt für Personaleinsatzmanagement betreut ja auch das Projekt Schulverwaltungsassistenz der Landesregierung. Da besteht seitens der Schulen und der Landesbeschäftigten riesiges Interesse. Aufgrund der Vermittlungserfolge des PEM wird die angestrebte Größe von 237 Schulverwaltungsassistenten in den nächsten Mona-

ten erreicht werden. Wir waren sehr angetan und überrascht, wie gut das funktioniert.

Das sind die Punkte, die ich hervorheben wollte. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Jetzt stehen wir für Fragen zur Verfügung.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD) eröffnet die Aussprache mit der Frage, woraus sich die von der Staatssekretärin genannte Erhöhung der Personalausgaben um 4,5 % zusammensetzt, insbesondere welchen Anteil davon die Besoldungsanpassung ausmache, die von den Koalitionsfraktionen ja immer wieder für 2009 angekündigt worden sei. Das interessiere ihn nicht nur für Einzelplan 12, sondern grundsätzlich für alle Haushaltspläne.

MDgt Dr. Gert Leis (FM) legt dar, der Haushaltsentwurf 2009 weise Personalmehrausgaben von insgesamt 1,1 Milliarden € aus. Davon entfielen rund 450 Millionen € auf zwangsläufige Mehrausgaben wie Versorgung und Beihilfe und rund 150 Millionen € auf einen Basiseffekt aus der Besoldungserhöhung im Jahre 2008. Damit blieben rund 500 Millionen € für Verstärkungen, unter anderem für die zu erwartende Besoldungserhöhung 2009.

Die Zusatzfrage von **Thomas Trampe-Brinkmann (SPD)**, ob die im Einzelplan 20 ausgewiesenen Verstärkungsmittel in Höhe von rund 400 Millionen € darin enthalten seien, bejaht **MDgt Dr. Gert Leis (FM)**. Es handele sich um Gesamtzahlen.

Gisela Walsken (SPD) spricht das Projekt EPOS an. Erstens wüsste sie dazu gern, warum bei den in Kapitel 12 020 Titelgruppe 83 ausgewiesenen Personalausgaben im Jahre 2009 eine deutliche Ausweitung gegenüber 2008 vorgesehen sei. In dem Zusammenhang interessiere sie auch, wie sich das Personal der Titelgruppe 83 zu dem Personal in Kapitel 12 020 Titelgruppe 85 im Hinblick auf die Aufgaben verhalte.

Zweitens hätte sie gern Auskunft, wie es im Hinblick auf die Gesamtkosten weitergehe. Veranschlagt seien insgesamt laut Erläuterungsband 140,6 Millionen €. Für 2009 seien Ausgaben von rund 200 Millionen € vorgesehen. Da das Ausschreibungsergebnis nicht annähernd das erreicht habe, was geplant gewesen sei, wüsste sie gern, wie haushaltsmäßig Vorsorge getroffen werde für den Fall, dass 2009 die Ausschreibungsergebnisse deutlich über den Planungen lägen.

Zur Technik der Personalgewinnung bei EPOS führt **RR Klaus Wacker (FM)** aus, das Parlament habe bereits in den Vorjahren dem Finanzressort die Ermächtigung erteilt, kw-belastetes Personal aus Landesbereichen für EPOS einzusetzen. Im Haushaltsvollzug 2008 sollten bis zu 41 Stellen im Landesbereich zugunsten von EPOS abgebaut werden. Man sei dabei, den Personalkörper von EPOS sukzessive zu verstärken.

Gisela Walsken (SPD) hat den Seiten 36 ff. des Entwurfs des Einzelplans 12 entnommen, dass in Kapitel 12 020 Titelgruppe 83 im Jahre 2009 eine Reihe von Hebungen vorgesehen seien. Dazu würde sie gern erfahren, ob Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Teilen der Landesverwaltung geholt und deren Stellen zur Belohnung gehoben würden oder ob es sich um Umsetzungen innerhalb des Hauses handele. Weiter möchte sie wissen, wie die Stellenhebungen gedeckt seien und um welche Summe es sich dabei handele.

Die Hebungen seien im Rahmen der Gesamtprojektkosten gedeckt, antwortet **RR Klaus Wacker (FM)**. Die Kosten für das Personal und auch die entsprechenden Hebungen seien in den für das Projekt vorgesehenen Ansätzen enthalten. Er bitte zu berücksichtigen, dass Personen aus anderen Geschäftsbereichen kämen, denen man je nach Alter und Beurteilung noch eine gewisse Personalentwicklung zugestehen müsse.

Gisela Walsken (SPD) weist darauf hin, dass die Personalausgaben laut Seite 13 des Erläuterungsbandes Vorlage 14/1969 von 941.000 € im Jahre 2008 auf 1,34 Millionen € im Jahre 2009 ansteigen sollten, und fragt, ob die Differenz die Kosten für Hebungen und zusätzliche Stellen seien. – **RR Klaus Wacker (FM)** bestätigt das. Die Hebungen machten jedoch den geringeren Teil des Steigerungsbetrages von 400.000 € aus.

Was denn mit dem in der Spalte „Vorbehalten“ aufgeführten Betrag von rund 11,2 Millionen € für Personalausgaben geschehen solle, fragt **Gisela Walsken (SPD)** weiter. – **RR Klaus Wacker (FM)** erläutert, die Beträge in der Spalte „Vorbehalten“ seien die Differenz zwischen den bis Ende 2009 ausgegebenen bzw. veranschlagten Beträgen und den für das Projekt veranschlagten Gesamtkosten. Die 11,2 Millionen € sollten eingesetzt werden, um das dann für EPOS eingesetzte Personal zu finanzieren.

Gisela Walsken (SPD) möchte noch wissen, wo sich denn die angekündigte Streckung des Projektes, also die Verlängerung der vorgesehenen Projektphasen, in den Personalkostenansätzen niederschläge.

Dazu führt **StS Angelika Marienfeld (FM)** aus, die Planungen würden schrittweise umgesetzt. Das Ministerium gehe davon aus, dass die angegebenen Beträge benötigt würden, um die Planungen abzudecken. Man könne aber noch nicht sicher sagen, ob es gelinge, die vorgesehene Zahl von Mitarbeitern zu bekommen. Von daher könne es sein, dass von den Mitteln etwas übrig bleibe.

MDgt Axel Spies (FM) erläutert weiter, man müsse eine gewisse Vorsorge betreiben, um in dem Moment, wenn der Zuschlag erteilt sei und das Projekt in die Umsetzungsphase gehe, das Personal an Bord zu haben, das mit dem Generalunternehmer zusammen das Projekt betreue. Zurzeit sei man in der Phase, Personal zu ge-

winnen, was sich aufgrund der Verhandlungen zwischen den Ressorts zum Teil zeit-
aufwändig gestalten. Man rechne aber damit, im Jahre 2009, wenn der Zuschlag er-
teilt werde, über das erforderliche Mindestpersonal zu verfügen.

Mit dieser Argumentation sei auch schon das Jahr 2008 geplant worden, bemerkt
Gisela Walsken (SPD). Sie kommt auf das Thema Stellenhebungen zurück und
fragt, worauf denn die im Jahre 2009 vorgesehene Hebung von Besoldungsgrup-
pe B 3 nach Besoldungsgruppe B 4 zurückzuführen sei.

Die Projektleitung sei zurzeit in Besoldungsgruppe B 3 eingestuft, antwortet **StS An-
gelika Marienfeld (FM)**. Je nach der Größenordnung des Projektes im nächsten
Jahr sei es unter Umständen angemessen, eine Hebung nach B 4 vorzunehmen.
Dies hänge davon ab, wie sich das Projekt gestalten und wie groß der Unterbau dann
sein werde. Es handele sich bislang um eine Planung; ob sie 2009 umgesetzt werde,
könne sie noch nicht sicher sagen.

MDgt Axel Spies (FM) fügt hinzu, hinter dieser vorsorglich ausgebrachten Hebung
von B 3 nach B 4 stehe eine Personalplanung, die sich unter Umständen erst Ende
2009 vollziehen werde. Zurzeit gebe es zwei gleichwertige Projektleiter in Besol-
dungsgruppe B 3. Im Zuge von Wechseln könne sich ergeben, dass man nur noch
einen Projektleiter, und zwar dann in Besoldungsgruppe B 4, haben werde. Für die-
sen Fall gebe es den ku-Vermerk, die zweite B3-Stelle in eine B2-Stelle umzuwan-
deln.

Zu der zweiten Frage von Frau Walsken, was den Gesamthaushaltsansatz für 2009
betreffe, trägt **StS Angelika Marienfeld (FM)** vor, der Haushaltsaspekt sei bei den
Planungen in den Mittelpunkt gestellt worden. Das Ministerium gehe deshalb davon
aus, mit den veranschlagten Mitteln hinzukommen. Allerdings seien die Vergabever-
fahren im Moment noch nicht abgeschlossen, sodass sie dazu noch keine Einzelhei-
ten mitteilen könne.

Die sodann von **Gisela Walsken (SPD)** gestellte Frage, in welcher Höhe die für 2008
veranschlagten 14,36 Millionen € bislang abgeflossen seien, kann das **Finanzminis-
terium** im Moment nicht beantworten.

Vorsitzende Anke Brunn bittet, das schriftlich mitzuteilen.

Sie schließt die Frage an, inwieweit die Gesamtkosten des Projektes noch im Blick-
feld seien. Wenn man das Projekt stufenweise verwirkliche, sei ja damit zu rechnen,
dass sich die Gesamtkosten erhöhten.

Dazu bemerkt **MDgt Dr. Gert Leis (FM)**, die Streckung des Projektes bedeute auch,
dass einzelne Module, die ursprünglich geplant gewesen seien, nicht in Anspruch
genommen würden. Deshalb gehe das Ministerium davon aus, dass der Haushalts-

ansatz insgesamt ausreiche. Da das Vergabeverfahren laufe, können er dazu derzeit nicht mehr sagen.

Zu der Überlegung von **Angela Freimuth (FDP)**, eventuell die Vertraulichkeit herzustellen, meint **StS Angelika Marienfeld (FM)**, das helfe im Moment nicht weiter, da das Ministerium, so lange das Verfahren laufe, gehindert sei, dem Ausschuss darüber Auskünfte zu geben. Nach Abschluss des Verfahrens könne man selbstverständlich mit dem Parlament darüber diskutieren.

Wann das so weit sein werde, möchte **Gisela Walsken (SPD)** wissen. – **MDgt Dr. Gert Leis (FM)** geht zurzeit davon aus, dass es im Februar 2009 zum Vertragsabschluss kommen werde.

Vorsitzende Anke Brunn stellt fest, die mangelnde Transparenz sei für das Parlament ein großes Problem. Dabei gehe es nicht nur um das Vergabeverfahren. Bevor EPOS gestartet worden sei, sei ein Gutachten vorgelegt worden, das dem Projekt Wirtschaftlichkeit attestiere. Es müsste eigentlich eine parlamentarische Begleitung geben, die die Wirtschaftlichkeit des Projektes insgesamt beurteile. Im Übrigen dürfte es doch auch im Interesse der Landesregierung liegen, insoweit Transparenz herzustellen.

StS Angelika Marienfeld (FM) versichert, das, was sich das Land finanziell erlauben könne, finde selbstverständlich Eingang in die derzeit geführten Verhandlungen. Auch die Aspekte der Überschaubarkeit und der Wirtschaftlichkeit habe die Landesregierung bei den Gesprächen im Blick. Sie könne aber während der Verhandlungen nicht weiter gehen und etwa sagen, dass hinterher die Summe x herauskomme. Dafür bitte sie um Verständnis.

Volkmar Klein (CDU) fragt erstens, ob die Ansatzserhöhung bei den Mieten und Pachten in Kapitel 12 050 Titel 518 04 ausschließlich auf die Indexierung der Mieten zurückzuführen sei, wie es auf Seite 65 des Haushaltsentwurfs heiße, oder ob es auch Änderungen bei den Mietflächen gebe.

Zweitens spricht er die Seite 131 des Haushaltsentwurfs an, wo aus der Aufstellung unter II.2 „Produkt Zahlfall Besoldung“ deutlich werde, dass das Produkt erheblich preiswerter geworden sei. Wenn man jedoch die Zahlen der Nummer 2 „Produkt Zahlfall Kindergeld“ hinzurechne, ergäben sich insgesamt deutlich höhere Kosten. Er bitte, das zu erläutern.

RR Klaus Wacker (FM) antwortet auf die erste Frage, die Steigerung bei den Mieten und Pachten bei Titel 518 04 sei fast ausschließlich auf die Indexierung zurückzuführen. Bei kleineren Anmietungen gebe es auch schon einmal Veränderungen, die aber im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel vorgenommen würden.

Der Ressourceneinsatz für das „Produkt Zahlfall Besoldung“ sei in der Tat 2009 auf zwei Bereiche aufgeteilt worden; das „Produkt Zahlfall Kindergeld“ werde dann separat erfasst. Die für 2009 genannten Zahlen ergäben sich, indem die Istzahlen auf die für 2009 erwarteten Fallzahlen hochgerechnet würden.

Für **Volkmar Klein (CDU)** ist es unbefriedigend, dass die Stückkosten für das „Produkt Zahlfall Besoldung“ 2007 bei rund 60 € gelegen hätten, nach der Aufteilung auf zwei Gruppen aber für 2009 Stückkosten von zusammengerechnet fast 70 € erwartet würden. Er bitte, das im Berichterstattergespräch zu verdeutlichen.

